

## Pressemitteilung vom 17. Mai 2021

### Mit Digitalität zu einer neuen Kultur der Nachhaltigkeit

**Mit einem neuen Vorhaben baut das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. das Angebot seiner Kulturpolitischen Akademie und die Forschung zu einer transformativen Kulturpolitik aus. Unter dem Titel „Digitalität als neuer Treiber einer Kultur der Nachhaltigkeit (DNA 4\_0)“ entwickelt das Institut bis Juni 2022 neue Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote im Bereich Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Digitalität. Wegweisende Impulse sollen im Vorhaben von der Erarbeitung und breiten Diskussion eines neuen kulturpolitischen Manifestes ausgehen, das 20 Jahre nach dem Tutzinger Manifest Eckpunkte einer nachhaltigen Kulturpolitik im digitalen Zeitalter formulieren soll.**

Für die Kulturpolitische Gesellschaft liegen sowohl im digitalen Wandel als auch in der Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft wesentliche Herausforderungen einer künftigen Kulturpolitik nach der Corona-Pandemie. Das Vorhaben „Digitalität als neuer Treiber einer Kultur der Nachhaltigkeit (DNA 4\_0)“ widmet sich in innovativer und auch kritischer Weise mit den Problemen und Potenzialen beider Herausforderungen für den Kulturbereich. Anknüpfend an seine WebTalk-Reihen „Kultur(en) der Digitalität“ und „Kulturpolitik der Nachhaltigkeit“ sowie die „Sommerakademie für eine klimagerechte Kulturpolitik“ im vergangenen Jahr führt die Kulturpolitische Gesellschaft bis Mitte nächsten Jahres mehrere Bildungs-, Diskussions- und Vernetzungsformate durch. Hierzu gehören jeweils eine Webinar- und Podcast-Reihe sowie kollaborative Netzwerktreffen in Städten wie Witten, Freiburg und Berlin. Die Angebote richten sich an Akteur\*innen von regionalen bis nationalen Kulturadministrationen, an das Kulturmanagement, sowie an Kunst- und Kulturschaffende aus unterschiedlichen Sparten. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf einem kulturbereichsübergreifenden Austausch und einem „thinking out of the box“ mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren und Communities. Über zukunftsweisende Beiträge von Expert\*innen, Interviews, Best-Practice-Beispielen und entstehenden Materialsammlungen lädt DNA 4\_0 mit neuartigen Methoden ein, über Reflexion, Vermittlung und Aktivierung eine gesellschaftliche Neuausrichtung aktiv handelnd auf den Weg zu bringen.

Das von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderte Vorhaben greift das wegweisende Tutzinger Manifest auf, das im Jahr 2001 in Deutschland eine Debatte zur kulturellen Bedeutung des Nachhaltigkeitsleitbildes initiierte und sowohl die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als auch die Kulturförderung beeinflusste. Mit der Weiterentwicklung und Neuformulierung kulturpolitischer Thesen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda im Digitalen Zeitalter möchte die Kulturpolitische Gesellschaft bundesweit eine breite Debatte anstoßen. In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem

**Präsident**  
Dr. Tobias J. Knoblich  
Dezernent für Kultur und Stadtentwicklung der  
Landeshauptstadt Erfurt

**Vizepräsident\*innen**  
Andreas Bialas, MdL  
Kulturpolitischer Sprecher der  
SPD-Landtagsfraktion NRW, Düsseldorf

Prof. Dr. Birgit Mandel  
Direktorin Institut für Kulturpolitik Universität  
Hildesheim

**Schatzmeister**  
Kurt Eichler  
ehem. Geschäftsführender Direktor der  
Kulturbetriebe Dortmund

**Beisitzer\*innen**  
Muchtari Al Ghusain  
Beigeordneter für die Bereiche Jugend, Bildung  
und Kultur der Stadt Essen

Wibke Behrens M.A.  
Leiterin und Mitbegründerin des  
Institute for Cultural Governance, Berlin

Holger Bergmann  
Geschäftsführer Fonds Darstellende Künste,  
Berlin

Melanie Bernstein, MdB  
Obfrau im Ausschuss für Kultur und Medien der  
Fraktion CDU/CSU des Deutschen Bundestages,  
Berlin

Ferenc Csák  
Amtsleiter des Kulturbetriebes der Stadt  
Chemnitz

Carmen Emigholz  
Staatsrätin für Kultur der Freien Hansestadt  
Bremen

Erhard Grundl, MdB  
Obmann im Ausschuss für Kultur und Medien  
und kulturpolitischer Sprecher Bündnis 90/Die  
Grünen des Deutschen Bundestages, Berlin

Bernd Hesse  
Geschäftsführer der LAKS Hessen e.V., Kassel

Dr. Annette Jagla  
Kulturmanagerin und systemische  
Organisationsberaterin, Hamburg

Achim Könneke  
Berufsmäßiger Stadtrat, Kultur-, Schul- und  
Sportreferent der Stadt Würzburg

Prof. Dr. Julia Lehner  
Kulturreferentin und Berufsmäßige Stadträtin  
der Stadt Nürnberg

Dr. Hagen W. Lippe-Weissenfeld  
Geschäftsführer Meyer Architekten GmbH  
und ProjektSchmiede GmbH, Düsseldorf

Olaf Martin  
Geschäftsführer des Landschaftsverbandes  
Südnieidersachsen e. V., Göttingen

Agnes Rottland  
Geschäftsführerin des Vereins zur Förderung  
von Landesjugendensembles NRW e.V.,  
Düsseldorf

Dr. Ingo Schöningh  
Leiter Programmabteilung mit regionalem  
Fachauftrag, GI Indonesien

Konstantin Udert  
Geschäftsführer junge norddeutsche  
philharmonie e.V., Berlin

**Geschäftsleitung**  
Dr. Henning Mohr  
Barbara Neundlinger

**Bankverbindung**  
Bank für Sozialwirtschaft Köln  
BIC: BFSWDE33  
IBAN: DE18 3702 0500 0008 2289 00

UST-IdNr.: DE125135339

Landesverband Bayern der Kulturpolitischen Gesellschaft findet im November eine Tagung statt, auf der ein neues Tutzingener Manifest verabschiedet werden soll. Ziel ist es, einen verbindlichen Handlungsrahmen von Digitalität und Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik und der kulturellen Bildung zu erstellen und zu verankern. Dadurch möchte das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der UN Agenda 2030 und den Zielen des Klimaschutzes leisten, sondern die bisher noch zu wenig genutzten Potenziale von Kultur und Kulturpolitik in der Verknüpfung von Digitalisierung und Kulturpolitik stimulieren.

**Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

Dr. Henning Mohr

Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

[mohr@kupoge.de](mailto:mohr@kupoge.de)

+49-(0)228-20167-20

Dieses Projekt wird gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im Rahmen der Verbändeförderung. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit

